



Russland: Aktuelle innenpolitische Entwicklungen

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Dezember 2016

Zusammenfassung

Am 14. November 2016 wurde Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew vom Ermittlungskomitee, das direkt dem Präsidenten untersteht, wegen Bestechung in Höhe von 2 Mio. \$ verhaftet, damit er der Privatisierung des staatlichen Ölkonzerns „Baschneft“ durch den größten russischen Ölkonzern „Rosneft“ zustimmt.

Im November 2016 wurde der Jahresbericht 2016 der russischen „Mintschenko Consulting“ bekannt, der von einer Gruppe sehr hoher Beamter und *Businessmen* unter dem Titel „Politbüro 2.0: Demontage oder Reset?“ ausgearbeitet worden war.

Die russische Tageszeitung „Moskowskij komsomolez“ nahm das am 10. November 2016 publizierte Interview mit dem Historiker Walerij Solowej, der am Moskauer Institut für internationale Beziehungen (MGIMO) – der russischen Diplomatenausbildungsstätte – den Lehrstuhl für die Beziehungen zur Gesellschaft leitet, von ihrer Webseite. Solowej schließt nicht aus, dass die Präsidentenwahl auf das Frühjahr 2017 vorgezogen wird. Zudem nimmt Solowej an, dass Putin nicht erneut kandidieren wird, weil er davon ausgehe, dass die Beziehungen Russlands zum Westen sich nicht grundlegend verbessern würden, solange er Präsident sei.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Verhaftung von Wirtschaftsminister Uljukajew

In der Nacht auf den 14. November 2016 wurde vom Ermittlungskomitee, das direkt dem Präsidenten untersteht, Wirtschaftsminister Alexej Uljukajew verhaftet. Er soll 2 Mio. \$ Bestechungsgeld gefordert haben, um den Verkauf der Hälfte der staatlichen Aktien des baschkirischen Ölkonzerns „Baschneft“ (25 % der Aktien hält die Republik Baschkirien in der Russischen Föderation), der privatisiert werden sollte, an den staatlichen Ölkonzern „Rosneft“ zu genehmigen (im Oktober kaufte „Rosneft“ ohne Ausschreibung und ohne Auktion 50,08 % der Aktien von „Baschneft“ für 5 Mrd. \$).

Uljukajew war gegen die Privatisierung von „Baschneft“, indem „Rosneft“ diesen profitablen Ölkonzern bekommt, denn es mache keinen Sinn, einen staatlichen Konzern zu privatisieren, wenn ihn ein anderer staatlicher Konzern übernehme. Der Gewinn des größten russischen und der Produktion nach weltgrößten börsenorientierten Ölkonzerns „Rosneft“ war von Januar bis September um 57 % auf 129 Mrd. Rubel (2 Mrd. \$) gesunken und der Umsatz um 11 % auf 53 Mrd. \$. Der Oligarch Wladimir Jewtuschenkow, der 2009 „Baschneft“ vom Staat gekauft hatte, war 2014 wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten beim Kauf von „Baschneft“ gezwungen worden, seine Aktien an den Staat zurückzugeben. „Baschneft“, der sechstgrößte russische Ölkonzern, steigerte in den vergangenen zwölf Monaten seine Förderung um knapp 8 %.

Am 15. November entließ Präsident Waldimir Putin Uljukajew als Wirtschaftsminister. Am 16. November wurde er von einem Moskauer Gericht bis Mitte Januar unter Hausarrest gestellt. Uljukajew bestreitet die Vorwürfe und bezeichnet die Aktion des Ermittlungskomitees als eine Provokation. Doch dieses behauptet, er sei in flagranti ertappt worden, nachdem er bei einem „operativen Experiment“ einen speziell präparierten Koffer mit Geld in den Büroräumen von „Rosneft“ angenommen habe.

Was steckt dahinter? Die *Nowaja gaseta* („Neue Zeitung“) meinte am 15. November 2016, dass die Entscheidung über den Verkauf der Aktien von „Baschneft“ die Kompetenzen eines Wirtschaftsministers übersteige.¹ Anzunehmen, dass der Wirtschaftsminister die diesbezügliche Entscheidung Putins ändern könne, die der Präsident bereits getroffen habe, sei albern. Noch schwerer sei zu glauben, dass Uljukajew den Vorstandsvorsitzenden von „Rosneft“, Igor Setschin, erpressen könne, da der politische Einfluss Setschins viel weiter reiche als der Uljukajews.

Nach Aussage von Putins Pressesprecher Dmitrij Peskow war der Präsident über die Operation des Ermittlungskomitees vorab informiert.² Das Vorgehen gegen Uljukajew wurde vom Sicherheitschef von „Rosneft“, Oleg Feoktistow, vorbereitet. General Feoktistow war Ende August diesen Jahres von seinem Posten als Erster Stellvertretender Leiter der FSB-Verwaltung für innere Sicherheit abgelöst worden.³

Für Premier Dmitrij Medwedew ist die Verhaftung von Uljukajew unbegreiflich.⁴ Medwedew hatte ihn 2013 als Wirtschaftsminister durchgesetzt, obwohl Putin damals eine andere Person empfahl. Uljukajew hatte sich mit

¹ <https://www.nowyagazeta.ru/articles/2016/11/15/70540-zaderzhan-glava-minekonomrazvitiya-aleksey-ulyukaev-glavnoe>

² [https://www.nowyagazeta.ru/news/2016/11/15/126588-politolog-rasVeränderung der skazal-o-vstreche-s-ulyukaevym-nakanune-zaderzhaniya](https://www.nowyagazeta.ru/news/2016/11/15/126588-politolog-rasVeränderung%20der%20skazal-o-vstreche-s-ulyukaevym-nakanune-zaderzhaniya)

³ <http://newtimes.ru/stati/xroniki/za-chto-ubrali-general-fiksa.html>

⁴ <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2016/11/16/665091-ulyukaev-sel>



Erklärungen wie, dass die Wirtschaftskrise von Russland selbst verschuldet sei und dass die Stagnation bis zum Jahr 2035 dauern werde, unbeliebt gemacht.⁵

Laut Aussage eines hohen Mitarbeiters der Sicherheitsstrukturen stehen noch weitere Wirtschaftsliberale im Visier: der Stellvertretende Premier Arkadij Dworkowitsch und der Präsidentenberater Andrej Beloussow (beide hatten sich gegen den Verkauf von „Baschneft“ an „Rosneft“ ausgesprochen; Beloussow nannte das eine „Dummheit“) sowie die Mitarbeiterin des Ersten Stellvertretenden Premier Igor Schuwalow, Marina Romanowa, und damit indirekt Schuwalow selbst.

Russische Medien interpretieren die Festnahme Uljukajews als ein Anzeichen für die Verschärfung der Konflikte innerhalb der Eliten angesichts der „schrumpfenden Futterbasis“ infolge der Wirtschaftskrise. Das Moskauer Carnegie-Zentrum zieht folgende Schlussfolgerung: „Niemand Setschin antasten“.⁶ Igor Setschin war ab 1984 als Dolmetscher bei den sowjetischen Botschaften in Mosambik und in Angola tätig gewesen, was nur möglich war, wenn er mit dem KGB verbunden war. Von 1991 bis 2012 arbeitete Setschin direkt für Putin. Als Kanzleichef von Präsident Putin und später in ähnlicher Funktion unter Premier Putin entschied Setschin, wer Zugang zu Putin bekam und was auf Putins Schreibtisch gelangte. 2012 wurde Setschin Präsident von „Rosneft“. Setschin vertritt die Interessen einer kleinen Gruppe von FSB-Mitarbeitern, die auf keinen Fall mit den Interessen der Silowiki im Ganzen gleichgesetzt werden dürfen.

Der Unternehmer Konstantin Borowoj (1992 Vorstandsvorsitzender der Russischen Nationalbank) und Oppositionspolitiker (Staatsdumaabgeordneter 1995-2000) erklärte am 15. November 2016 in einem Interview mit *Apostroph*, dass die Verhaftung von Uljukajew Ausdruck von Widerständen in Putins Umgebung sei.⁷ Setschin stärke seinen Einfluss und stelle eine echte Gefahr für Putin dar.

Am 30. November ernannte Putin den bisherigen Stellvertretenden Finanzminister (seit März 2015) Maxim Oreschkin zum neuen Wirtschaftsminister.⁸ Im vergangenen Jahr war überlegt worden, das Finanzministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, wie das Wirtschaftsministerium offiziell heißt, zusammenzulegen. Die Ernennung eines sehr jungen ehemaligen Stellvertretenden Finanzministers zum Wirtschaftsminister kann als eine faktische Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch das Finanzministerium gesehen werden. Uljukajew hatte nicht selten Differenzen mit Finanzminister Anton Siluanow. Kein Wunder, dass er die Ernennung seines bisherigen Stellvertreters zum Wirtschaftsminister als eine sehr gute Lösung bezeichnete. Uljukajew hatte angesichts der knappen Kassenlage Siluanows Priorität für unproduktive Staatsausgaben wie Verteidigung und Sicherheit statt für Investitionen und die Stimulierung der Wirtschaft kritisiert. Mit 34 Jahren ist Oreschkin das jüngste Mitglied im Kabinett Medwedew. Auch der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin nannte die Ernennung von Oreschkin eine „gute Entscheidung“.

⁵ <http://www.vedomosti.ru/economics/articles/2016/10/20/661689-20-let-stagnatsii>

⁶ <http://carnegie.ru/commentary/?fa=66142>

⁷ <http://apostrophe.ua/article/politics/2016-11-15/sechin-obyavil-putinu-voynu-pochemu-zaderjali-ministra-ulyukaeva/8345>

⁸ <https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2016/11/30/667553-ministrom-razvitiya>



Neues Politbüro 2.0

Angesichts der Probleme in der Wirtschaft verschärft sich der Wettbewerb unter den Mitgliedern der inneren Elite, so die neueste Analyse der russischen „Mintschenko Consulting“, worüber die Wirtschaftszeitung RBK am 7. November 2016 berichtete.⁹ Laut dem Jahresbericht 2016 „Politbüro 2.0: Demontage oder Reset?“¹⁰, den eine informelle Gruppe sehr hoher einflussreicher Beamter und *Businessmen* Russlands geschrieben hat, besteht das Politbüro gegenwärtig aus acht Mitgliedern. Die Namen der Mitglieder werden im Folgenden in der Rangfolge genannt, welche die Analytiker feststellten (in Klammern als erste Zahl die Bewertung, die zweite Zahl gibt die Veränderung der Rangfolge von 2015 auf 2016 wieder):

- der Generaldirektor des Hochttechnologiekonzerns „Rostech“ (hauptsächlich Rüstungstechnologie) Sergej Tschemesow (48, von 7 auf 1),
- der Aufsichtsratsvorsitzende der Bank „Rossija“, der Milliardär Jurij Kowaltschuk (47, von 6 auf 2),
- Verteidigungsminister Sergej Schojgu (46, von 2 auf 3),
- Premier Dmitrij Medwedew (45, bleibt unverändert auf 4),
- der Vorsitzende der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin (41, von 3 auf 5),
- der Präsident der staatlichen Ölgesellschaft „Rosneft“ Igor Setschin (39, von 8 auf 6),
- der *Businessman* (Mischkonzern, hauptsächlich Bauwesen) Arkadij Rotenberg (38, von 5 auf 7),
- der Oberbürgermeister von Moskau Sergej Sobjanin (35, von 10 auf 8).

Dem Politbüro 2.0 nicht mehr angehören der bisherige Leiter der Präsidialadministration, Sergej Iwanow, der von Putin am 12. August 2016 abgelöst worden war, und der Chef der Volga Group (Mischkonzern, hauptsächlich Gas), Gennadij Timtschenko.

Wenn man das Politbüro 2.0 in seiner neuesten personellen Zusammensetzung analysiert, fällt auf, dass von seinen acht Mitgliedern die Hälfte staatliche Funktionen innehaben (Ministerpräsident, Verteidigungsminister, Parlamentspräsident, Oberbürgermeister von Moskau), während – im Gegensatz zum Politbüro 1.0 des Zentralkomitees der „Kommunistischen Partei der UdSSR“ – die andere Hälfte die Wirtschaft vertritt: Öl (Setschin), Hochttechnologie (Tschemesow), Bankwesen (Kowaltschuk), vor allem Bauwesen (Rotenberg), wobei zwei Firmen Staatsunternehmen sind: „Rosneft“ und „Rostech“.

Es wurde bei der Analyse der Bedeutung der Politbüromitgliedern zwischen zehn Elementen in folgender Rangfolge unterschieden: Nähe zu Putin, informeller Einfluss, Finanzen, regionale Elite, symbolisches Image, formal-administrativ, Medien, Silowiki-Element, parteipolitisch, auswärtige Ressourcen.

⁹ <http://www.rbc.ru/politics/07/11/2016/581f841c9a79475dea1b7e17>

¹⁰ http://www.minchenko.ru/analitika/analitika_61.html

Werden diese Bedeutungselemente bei den einzelnen Politbüromitgliedern gewichtet, ergibt sich folgendes Bild:

Ressourcen der Politbüro-Mitglieder 2016 (in Klammern 2015)

	Tsche- mesow	Kowal- tschuk	Schoj- gu	Medwe- -dew	Wolo- din	Se- tschin	Roten- berg	Sob- janin	Gesa- mt
Nähe zu Putin	8(5)	8(7)	7(8)	8	6	8(6)	8(9)	5(4)	58
Informeller Einfluss	9(6)	9(8)	5(6)	6(5)	5	8(7)	8(9)	3	53
Finanzen	8(7)	8	4(5)	5(6)	3	7(6)	9	7(6)	51
Regionale Elite	5(3)	4(3)	4(5)	3	5(7)	4	3	4	32
Symbolisches Image	3(2)	2(0)	7	5(4)	6(5)	3(2)	3(4)	2	31
Fomal- administrativ	5(3)	5(4)	4	4(5)	4(6)	1	3(2)	5(4)	31
Medien	3	7(6)	4	3	4(8)	1	1	4	27
Silowiki- Element	5(4)	1	6(5)	2(1)	2(1)	2(4)	2	2	22
Parteipolitisch	3(2)	1	3	5(7)	5(7)	1	0	2(1)	20
Auswärtige Ressourcen	2	2	1	2(3)	1	4	1	1	14
Gesamt	51(37)	47(40)	45(48)	43(45)	41(47)	39(36)	38(41)	35(31)	

In dieser Tabelle fällt die hohe Gewichtung von Tschemesow auf, die gegenüber 2015 um ein Viertel zugenommen hat, was zeigt, wie wichtig die Rüstungsindustrie ist. Innerhalb eines Jahres hat zudem die Bedeutung Koaltschuks zugenommen, aber auch die Setschins und Sobjanins. An politischem Gewicht haben Schojgu, Medwedew, Wolodin und Rotenberg verloren. Bei der Einschätzung der politischen Bedeutung eines Politbüro-Mitglieds spielen die Elemente Nähe zu Putin, der informelle Einfluss und die Finanzen eine große Rolle, jedoch die Nähe zu den Silowiki eine geringere als oft gedacht.

Wenn bei den beiden ranghöchsten Politbüro-Mitgliedern Tschemesow und Kowaltschuk die Gewichtung der drei wichtigsten Bedeutungselementen Nähe zu Putin, informeller Einfluss und Finanzen betrachtet wird, ist festzustellen, dass sie jeweils die Werte 8 und 9 erreichen. Das heißt, dass deren hohes politisches Gewicht hauptsächlich auf diesen drei Bedeutungselementen beruht. Die hohen Werte 8 bei der Gewichtung der Nähe zu Putin und des informellen Einflusses werden allerdings auch Medwedew, Setschin und Rotenberg beigemessen, Medwedew allerdings ein geringerer informeller Einfluss.

Kandidaten für die Aufnahme in das Politbüro sind der Kommandeur der neuen Nationalgarde Viktor Solotow, der neue Leiter der Präsidialadministration Anton Wajno und der neue Erste Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration Sergej Kirijenko mit der Zuständigkeit für die Innenpolitik.



Russische Tageszeitung nimmt Interview über vorgezogene Präsidentenwahl von ihrer Webseite

Die russische Tageszeitung *Moskowskij komsomolez* nahm das am 10. November 2016 publizierte Interview¹¹ mit dem Historiker Walerij Solowej, der am Moskauer Institut für internationale Beziehungen (MGIMO) – der russischen Diplomatenausbildungsstätte – den Lehrstuhl für die Beziehungen zur Gesellschaft leitet, von ihrer Webseite. Er hatte am 1. August die Ernennung von Anton Wajno zum Chef der Präsidentialadministration prognostiziert und die Ablösung von Wjatscheslaw Wolodin, der jetzt Vorsitzender der Staatsduma ist, als Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration.¹² *Moskowskij komsomolez* war 1919 als Zeitung für die kommunistische Jugend gegründet worden und ist heute die zweitgrößte russische Tageszeitung; sie erreicht 1,3 Mio. Leser. Die Zeitung, die auch online gelesen werden kann, mit ihren 80 Ausgaben wird in 85 Föderationssubjekten Russlands vertrieben und in GUS-Ländern. 33 % der Moskauer lesen sie und 9 % der Russen.

Solowej geht davon aus, dass die Präsidentenwahl, die planmäßig für 2018 vorgesehen ist, wie vorgesehen stattfinden wird, aber er kann ihr Vorziehen nicht ausschließen, eventuell auf das kommende Frühjahr. Er begründet das mit der zu erwartenden weiteren Verschlechterung der sozio-ökonomischen Lage in Russland 2018.

Zudem nimmt Solowej an, dass Putin nicht erneut kandidieren werde, weil er davon ausgeht, dass die Beziehungen Russlands zum Westen sich nicht grundlegend verbessern werden, solange er Präsident sei. Die Zahl von Kandidaten, die eine Verbesserung der Beziehungen Russlands zum Westen, die Putin als nationale Aufgabe sieht, einleiten könnten, ist laut Solowej nicht sehr groß. Gegen diese möglichen Kandidaten sind bereits Gegenintrigen im Gange, die vor allem von der Silowiki-Lobby ausgehen. An erster Stelle auf der Kandidatenliste sieht Solowej als eine Art *déjà-vu* Dmitrij Medwedew.

Putin sei von der Kaderreserve der Silowiki enttäuscht, vor allem von deren Fähigkeit, eine friedliche Politik zu betreiben. Sie mögen hervorragende Sicherheitsbeamte sein und nicht schlechte Soldaten, aber mit der Entscheidung wirtschaftlicher und administrativer Aufgaben kommen sie nicht zurecht. Doch die Silowiki erwarten, dass sie ihren Kandidaten haben werden. Dann bleibt nur Sergej Iwanow. Die Bündelung der Geheimdienste zu einem Sicherheitsministerium¹³ hatte Iwanow als eine Dummheit bezeichnet. Das könne nur jemand sagen, der Vertrauen genieße und der wisse, wie der Präsidenten zu ihm stehe. In der überschaubaren Zukunft werde es das Sicherheitsministerium wohl geben.

Wenn die Präsidentenwahl vorzeitig durchgeführt und eine neue Konfiguration der Macht angeboten werde, provoziere das unausweichlich eine Desorganisation der Elite. Ein zweites Problem betreffe die Stimmungen der Massen. Diese könne sich schneller ändern als heute prognostiziert werde. Gegenwärtig seien Änderungen nicht sehr bemerkbar, sie manifestierten sich nicht an einem bestimmten sozialen oder politischem Verhalten. Sie sammelten sich heimlich an. Es gehe nicht um die Ablehnung der Macht durch die Gesellschaft, sondern um die Opposition zu ihr. Es könne das Auftreten einer Krise mit einem sehr hohen Grad an Zuverlässigkeit prognostiziert werden, aber nicht, wie sie sich entwickeln wird und was ihre Resultate sein werden.

Solowej hat das Gefühl, dass 2017 eine politische Krise eintreten werde, höchstwahrscheinlich nicht momentan, sondern es werde einige Zeit bis zu ihrer Entfaltung brauchen. Es entstehe eine neue Dynamik und es öffne

¹¹ <http://archive.li/Vsx6l>

¹² <https://meduza.io/news/2016/11/10/mk-udalil-intervyu-politologa-kotoryy-predskazal-skoryy-uhod-putina>

¹³ Vgl. „Russische Innenpolitik September 2016“ (Nr. 89), S. 4 f.

sich ein Fenster an Möglichkeiten für alle, die den Willen, die Kraft und den Wunsch haben, die neue Situation zu nutzen.

Den soziologischen Umfragen dürfe man nicht hundertprozentig vertrauen, weil Veränderungen heimlich in kleinen Schritten stattfinden, die irgendwann in eine andere Qualität im Massenbewusstsein umschlagen. Außerdem haben die Menschen bei Umfragen Angst, die Wahrheit zu sagen. Und schließlich sei die Massendynamik unberechenbar.

Die Proteste, das nimmt Solowej an, werden ähnlich verlaufen wie zu Zeiten der Sowjetunion in den späten 1980-1990er Jahren, als die wütende damalige Mittelklasse der Ingenieure zusammen mit den Industriearbeitern protestierte. Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in den Industriestädten werden wachsen. Die alten Methoden zu reagieren, werden nicht mehr adäquat sein. Früher war es einfach, weil Geld eingesetzt werden konnte. Jetzt gebe es kein Geld mehr. Die Proteste werden am Anfang nicht politisch sein, die Leute werden keine Demokratie fordern. Aber das spiele keine Rolle. Die Hauptsache sei, ein günstiges Umfeld für politische Maßnahmen in den Hauptstädten zu schaffen. Und das rufe, was nicht weniger wichtig ist, Enttäuschung bei der Führungselite hervor. Sobald die Elite sehe, dass die Öffentlichkeit außer Kontrolle gerate, werde sie ihre Einstellung gegenüber Putin ändern. Die Spannungen zwischen den Machtgruppen werden zunehmen. Die potentiellen Verwerfungslinien werden aufbrechen, die verschiedenen „Türme des Kreml“ werden sich in politische Parteien verwandeln.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im Dezember 2016 im Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 91 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider